

Demokratie leben – was können wir gegen den Populismus tun?

Sie kennen den berühmten Sketch von Lorient, „Herren im Bad“, in dem ein Großindustrieller namens Müller-Lüdenscheid einem Akademiker, Dr. Kloebner, in einer Hotel-Badewanne begegnet:

Müller-Lüdenscheid: „Herr Doktor Kloebner? Hören Sie? Wenn Sie nicht sofort auftauchen, verlasse ich die Wanne. Die Luft anhalten kann jeder.“

Kloebner: „Was sagen Sie nun?“

Müller-Lüdenscheid: „Sie langweilen mich.“

Kloebner: „Aber ich kann länger als Sie.“

Müller-Lüdenscheid: „Es gibt Wichtigeres im Leben.“

Kloebner: „Was denn?“

Müller-Lüdenscheid: „Ehrlichkeit, Toleranz...“

Kloebner: „Ja...“

Müller-Lüdenscheid: „Mut, Anstand...“

Kloebner: „Ja... Ja...“

Müller-Lüdenscheid: „Hilfsbereitschaft...“

Kloebner: „Ja...“

Müller-Lüdenscheid: „Tüchtigkeit, Zähigkeit...“

Kloebner: „Ja...“

Müller-Lüdenscheid: „Sauberkeit...“

Kloebner: „Aber ich kann länger als Sie.“

Dieser Sketch ist sicher der deutscheste aller Lorientischen Sketche, der wie kein anderer etwas einfängt, woran es in der momentanen innenpolitischen Situation offenbar zu mangeln scheint, was aber in Wahrheit eine der Voraussetzungen ist, der Demokratie Leben einzuhauchen: das alltägliche Einüben von Werten, die ein friedliches Zusammenleben von Unternehmern und Wissenschaftlern, wie hier in der Badewanne, aber auch von Zuwanderern und Einheimischen, von Älteren und Jungen erst möglich machen.

Lorient's Sketch freilich weist auf eine andere historische Situation hin:

Mit der absurd-komischen Szene in der Badewanne gab Lorient 1978 den Deutschen Zeitgenossinnen und –genossen mit einem großen Augenzwinkern zu verstehen, dass sie sich endlich aus ihren deutschen Verspanntheiten, moralischen und politischen, lösen können – Die Demokratie ist stabil, die Gespenster der Vergangenheit, in der die Würde des Menschen nicht nur angetastet, sondern auf historisch beispiellose Weise verletzt und in den Abgrund einer unvorstellbaren Tötungsmaschinerie gezogen wurde – diese Gespenster der Vergangenheit dürfen das Miteinander in der demokratischen Badewanne nicht beeinträchtigen, ja mehr noch: Zum Leben der Demokratie gehört nicht nur die pflichtschuldig-triumphierende, weil moralisch auf der richtigen Seite stehende Auflistung von Grundtugenden des Zusammenlebens, vielmehr braucht es auch Humor, es braucht Lebensfreude, der es bisweilen wichtiger ist, den sportlichen Tauchwettbewerb zu gewinnen als in jeder Sekunde tugendhaftes Verhalten an den Tag zu legen.

So lustig der Sketch bis heute ist – so weit scheint er von unserer Situation im Jahr 2019, kurz nach den erschütternden Vorfällen in Halle, bei denen nur durch eine gute Schließanlage ein antisemitisch motiviertes Blutbad verhindert wurde, zu sein. Das Erstarken des Rechtsterrorismus bringt den liberalen Verfassungsstaat in eine seiner größten Bewährungsproben seit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Demokratie – das sind wir alle. Sie kennen diesen berühmten Satz. Er klang zu Loriots Zeiten wie ein Satz von Müller-Lüdenscheid – irgendwie zeitlos richtig, wenig aufregend und eher moralisch. Heute ist er nicht nur aktuell, sondern an- und aufregend, denn wir erleben die Demokratie in einer Krise, die sich in mindestens vier Dimensionen zeigt:

... in einem weit verbreiteten Unsicherheitsgefühl

Die Krise der Demokratie hat eine wesentliche Ursache in einem Unsicherheitsgefühl, das sich in wachsenden Teilen der Bevölkerung zu Pessimismus verdichtet und sich aus einer vielfachen Problemwahrnehmung speist: Bürgerinnen und Bürger resignieren angesichts des jahrelang erlebten Abbaus von öffentlichen Infrastrukturen, z.B. im öffentlichen Dienst bei Polizei, Behörden, in Krankenhäusern und sie machen täglich frustrierende Erfahrungen mit mangelnden Investitionen in Verkehrswege, in Schulen, in Pflegeeinrichtungen und öffentliche Gebäude. Soziale Herausforderungen wie eine gute Pflege oder bezahlbarer Wohnraum werden zu zögerlich oder zu spät angegangen.

Der Strukturwandel, hervorgerufen durch die globalisierte Ökonomie, der Arbeitsplatzverluste oder Verminderung der Lohneinkommen zur Folge hat, wird nicht oder nur unzureichend gesteuert. Auf die großen Krisen – die Klimakatastrophe oder das Artensterben finden die Regierungen keine adäquaten Antworten, während die Zeit davonläuft. All diese Problemwahrnehmungen verdichten sich zu der Erfahrung eines Leistungsversagen des Staates, die verunsichernd wirkt.

.. in den Globalisierungserfahrungen

Die Erfahrungen, die mit Globalisierung und Europäisierung einhergehen, erleben viele Menschen, nicht nur in Deutschland, als einen Kontrollverlust des demokratischen Staates, der sich in der Öffnung der Grenzen manifestiert. Dabei sind Grenzen nicht nur in territorialer Dimension zu verstehen, sondern symbolisieren den Staat als Schutzgehäuse, der seinen Angehörigen Schutz durch Ordnung, als Wohlfahrtsstaat soziale Sicherheit und als demokratischer Verfassungsstaat Freiheit und politische Selbstbestimmung garantiert. Die Europäische Union kompensiert das enttäuschte Sicherheitsversprechen nicht, sondern wird noch als weiterer Krisenfaktor wahrgenommen.

.. in der Wahrnehmung einer Repräsentationslücke

Einige Teile in der Wählerschaft haben sich mit ihren Anliegen in der Politik nicht mehr gehört und vertreten gefühlt, was zu einem wachsenden Legitimationsverlust der Demokratie geführt hat. Hier verfangen populistische Thesen, in denen das „wahre“ Volk einer abgehobenen Elite entgegensteht, die niemanden anderes als sich selbst repräsentiert.

.. im Erstarken neuer und alter Feinde der Demokratie

Die Unsicherheit in der Bürgerschaft wird von den Feinden der Demokratie von innen wie von außen gezielt geschürt: Rationalität und die Ausrichtung an Wahrheit werden explizit in Frage gestellt durch Desinformation und bewusste Falschmeldungen. Der weite Raum digitaler Kommunikation wird zielgerichtet genutzt, um demokratische Willens- und Entscheidungsbildung zu manipulieren. Dies geschieht durch Akteure von außen und von innen durch Verschwörungstheorien und gewissenlosen Populismus, der seine eigenen Echokammern etabliert, die Bürgerinnen und Bürger von der Demokratie entfremdet und vor allem wegführt von dem basalen Satz: Die Demokratie – das sind wir alle.

Was heißt das nun für die Stärkung der Demokratie? Für den Umgang mit dem Populismus?

Eine der ersten Antworten ist der Ruf nach politischer Bildung, zumal in strukturschwachen Regionen.

In Berlin-Mitte, wo ich tagtäglich arbeite, sind die beschriebenen Krisensymptome allenfalls am Schreibtisch nachzulesen. In der Realität ist das Haus der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin mit fast täglichen Veranstaltungen zu unseren Themen Demokratie, Menschenrechte, Klimaschutz, Kultur und internationale Beziehungen bestens gefüllt. Sensible Demokratinnen und Demokraten, die keinen verunsicherten Eindruck machen, informieren sich, diskutieren miteinander und profitieren vom Angebot politischer Bildung.

Zugleich befindet sich unser Bildungshaus im alten Ost-Berlin, was den Blick auf die Region Ostdeutschland schärft. Seit den rechtsextremen Ausschreitungen in sächsischen Kleinstädten wie Freital, Meißen, Heidenau und jüngst Chemnitz, ist der Eindruck entstanden, die politische Bildung habe um den Osten und insbesondere um Sachsen bisher einen Bogen gemacht und nun sei dort die Situation besonders dramatisch. Wahlerfolge für rechtsautoritäre und rechtspopulistische Parteien und hohe Zustimmungsraten für ähnliche Gruppierungen, Gewalt gegen Migranten, organisierter Rechtsextremismus seien auf eine mangelnde Wirksamkeit oder gar auf die Abwesenheit politischer Bildungsarbeit zurückzuführen.

Die Gleichsetzung von Strukturschwäche und dem Territorium der seit fast 30 Jahren nicht mehr existenten DDR greift aber zu kurz: Nicht jede strukturschwache Region liegt im Osten und nicht jede Region im Osten Deutschlands ist strukturschwach.

Wenn es um politische Bildungsarbeit geht, dann muss es gehen um die ländlichen, kleinstädtischen Räume, in denen die akademisch gebildeten und künstlerisch kreativen Milieus nicht in der Mehrheit, jedenfalls nicht prägend für die demokratische Kultur sind.

Es geht um Räume, in denen Bürgermeisterinnen – mancherorts ehrenamtlich – sich täglich mühen, die Infrastrukturen im Ort aufrechtzuerhalten, kulturelle Räume zu schaffen und dem Strukturwandel mit den vorhandenen Mitteln verträglich zu gestalten. Es geht um Gegenden, in denen Menschen so reden, ‚wie ihnen der Schnabel gewachsen ist‘, wo man sich irgendwie umeinander kümmert und beklagt, dass früher alles besser war. Und natürlich – und hier fängt das Thema der politischen Bildungsarbeit an – geht es auch um Regionen, in denen rechte Ideologen die Meinungsführerschaft im Ort errungen, das politische Mikroklima vergiftet und – für welches politische Thema auch immer – stets eine einzige Antwort parat haben: Die Migranten sind schuld.

Demokratie – das sind wir alle?

Nachweislich besteht ein Zusammenhang zwischen einem in Richtung rechtspopulistische oder rechtsautoritäre Parteien tendierenden Wahlverhalten einerseits und wirtschaftlicher Strukturschwäche, starker Abwanderung und hoher Arbeitslosenquote andererseits. Das heißt aber nicht, dass dieser Zusammenhang zwangsläufig ist: Arbeitslosigkeit oder das Gefühl wirtschaftlicher Benachteiligung sind kein Grund für ein bestimmtes Wahlverhalten. Gleichwohl fördert das Erleben einer schwachen Leistung des Staates in der Bildung (die Schulen sind weit entfernt), in der Infrastruktur (es fährt der Schulbus und wenn der nicht fährt, findet ÖPNV nicht statt), in der Kultur (an Theatern und kulturellen Einrichtungen wird gespart) nicht das Vertrauen in die Demokratie, sondern ganz im Gegenteil – die Strukturschwäche öffentlicher Institutionen lässt das Vertrauen in die Demokratie und ihre Repräsentanten erodieren.

Zur wirtschaftlichen Strukturschwäche tritt das Gefühl des geokulturellen Abgehängtseins – da existiert eine globale Bildungselite, zu der man nicht gehört und die offensichtlich den Mühen der Ebene entfliehen kann und die eigene Familie, die nicht polyglott und bestausgebildet ist, hinter sich lässt. In Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg wissen die Menschen – genau wie ihre polnischen Nachbarn – wie es sich anfühlt, wenn die

jungen, klugen Leute abwandern und allenfalls am Wochenende vorbeischaun, aber das kommunale Leben nicht aktiv mitgestalten.

Demokratie – das sind wir alle?

Nach den Chemnitzer Ereignissen am 26. August 2018, an dem die sächsische Großstadt nach dem Mord an einem jungen Mann zu einem Symbol für öffentlichen Rechtsextremismus wurde, verbreitete sich der hashtag #wirsindmehr. Er gilt für Deutschland im Großen und Ganzen, aber für manche strukturschwachen Orte und Gegenden trifft er nicht zu – die Zivilgesellschaft, die sich in Großstädten wie Berlin mit engagierten Großdemos zu Wort meldet, ist dort zu schwach.

Im besten Fall ergänzen sich demokratische Institutionen vor Ort und eine lebendige Zivilgesellschaft mit Bürgerinitiativen, Vereinen und Kirchgemeinden. Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen stellt sich über glaubwürdige, engagierte Personen her.

Gemeinsam – und das ist eine wichtige antipopulistische Strategie – müssen sie dem Gefühl entgegenwirken, dass sich Politik aus konkreten Orten und alltäglichen Lebensräumen zurückzieht, dass ganze Regionen ‚politisch verlassen‘ sind. Genau in dieses Gefühl der Verlassenheit stoßen politische Anbieter, Krisengewinnler, die aus Angstdiskursen und xenophoben Narrativen politisches Kapital schlagen, die dem Satz Demokratie – das sind wir alle, die Legitimation entziehen wollen.

Aber: politische Bildungsstrategien sind nicht im luftleeren Raum erfolgreich: Wenn die Infrastrukturen der Teilhabe nicht funktionieren, die Schulen schlecht ausgestattet sind und das W-LAN nicht schnell genug funktioniert, die Polizei nicht oder zu spät erscheint, Steuern hinterzogen werden, wenn Kommunen Fahrverbote verhängen müssen, weil die Dinosaurier der Automobilindustrie nicht ausreichend zur Verantwortung gezogen werden, dann hilft politische Bildung leider nicht.

Die Stärkung der Demokratie ist auch nicht mit einer einzigen ‚nationalen Anstrengung‘ zu bewerkstelligen, eher ähnelt sie dem Fahrradfahren – Demokratie muss ständig in die Pedale treten, sonst kippt das Vehikel, sprich die Gesellschaft zur einen oder anderen Seite.

Zum Abschluss und zur Einstimmung auf unser Podium möchte ich fünf Thesen zur Debatte stellen:

These 1

Liberale Demokratien leben von Toleranz, nicht vom oben und unten zwischen Elite und Volk, wie der Populismus behauptet. Toleranz bedeutet anstrengende Vielfalt, aber eben Vielfalt. Mit scharfem Widerspruch und bohrenden Nachfragen muss Argumenten begegnet werden, die auf Homogenisierung hinauslaufen.

These 2

Wir müssen klären, was wir mit Populismus meinen: Wenn rechtsautoritäre bis rechtsextreme Einstellungen angesprochen sind, dann muss man sie auch so nennen.

These 3

Es braucht mehr politische Grundlagenbildung in Schulen und Bildungseinrichtungen. Wie funktioniert die Demokratie wirklich? Wo kann ich persönlich mitmachen? Was kann ich ändern? Wo kann ich mich engagieren?

These 4

So wichtig wie es ist, rechtsautoritären Positionen zu widersprechen, so nötig ist es, den Mut der Zivilgesellschaft zu stärken. Vereine und Kirchen, Parteien - besonders in den Kommunen im Osten des Landes müssen aktive Demokratinnen und Demokraten, vor allem, wenn sie in kommunalen Ämtern sind, stark unterstützt werden - digital und analog.

These 5

Mehr Frauen in die Politik - auf allen Ebenen. Populismus und bisweilen auch Antipopulismus ist in weiten Teilen - Ausnahmen gibt es immer - Männersache. Zwischen 2008 und 2017 ist der Anteil der Oberbürgermeisterinnen in D von 17,7 auf 8,2, % gesunken. Das muss sich ändern.